Spanien

ESTHER BARBÉ

Das letzte Jahr kann im Hinblick auf die spanische Politik als ein Jahr der Kontinuität und der Konvergenz bezeichnet werden.

Kontinuität einerseits, weil die spanische Regierung vor allem in ihrer Präsidentschaft während des ersten Halbjahrs 2002 bewiesen hat, dass sie über eine vorrangige und klar definierte Agenda in der Eurpoäischen Union (EU) verfügt, verstärkt durch den allseits bekannten Wunsch der Regierung Aznar, die Beziehungen zu den USA zu verstärken, um so eine Annäherung der Positionen zwischen den Vereinigten Staaten und der EU zu erreichen. Kontinuität auch hinsichtlich der von der Regierung Aznar entwickelten Politik der Allianzen sowie den grundlegenden Zielen dieser und aller spanischen Regierungen seit 1986: die Konstruktion Europas. Diese Ziele umfassen die Anerkennung Spaniens als „großes" Mitgliedsland und die Forderung, Empfänger von Regionalfonds zu bleiben.

Konvergenz andererseits, da der Anschlag vom 11. September die weltweite Agenda der traditionellen spanischen Agenda, bis dahin eine Minderheit im Rahmen der EU, angenähert hatte, die dem Kampf gegen den Terrorismus in der EU-Politik Priorität einräumt. So sah die spanische Regierung eines ihrer wichtigsten Ziele, die „Euroordnung", sogar schon vor dem Eintritt der Präsidentschaft erreicht.

Abschließend sollte noch daran erinnert werden, dass die spanische Präsidentschaft zeitlich mit zwei äußerst wichtigen Prozessen für die europäische Architektur zusammenfiel: dem Inkrafttreten des Euro und dem Beginn der Arbeit des Konvents zur Zukunft Europas.

Lissabon und Tampere: Achsen der spanischen Politik

Die spanische Präsidentschaft bereitete ein Programm mit sechs Prioritäten vor: 1. Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit; 2. den Euro in Umlauf zu bringen; 3. Impulse für den Prozess von Lissabon; 4. Erweiterung der Union; 5. Stärkung der Außenbeziehungen oder „mehr Europa in der Welt" und 6. Debatte über die Zukunft Europas.[1] Aznar reduzierte anlässlich seiner Rede vor dem Europäischen Parlament zur Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms die Prioritäten auf drei: Antwort auf den Terrorismus, Schöpfung einer Zone mit größerem wirtschaftlichem Wachstum (Programm von Lissabon) und schließlich das, was er als „die historische Gelegenheit zur Erweiterung und Schaffung der Grundlage der zukünftigen erweiterten Union"[2] definierte. Wenn wir die „historische Gelegenheit" außer Acht lassen, die mehr Gelegenheit als Option

ist, basiert das spanische Programm auf zwei grundlegenden Achsen: der Entwicklung der Programme von Lissabon und Tampere. Auf diese Weise bekräftigt Aznar die spanische Haltung gegenüber der EU.[3] Angeregt durch die jüngste interne Diskussion zur Immigration und durch die Wahlerfolge des Populismus in Europa (Frankreich, Holland, Dänemark), bereitete Aznar (unterstützt durch Blair und Berlusconi) für den Europäischen Rat von Sevilla ein Programm zur illegalen Einwanderung vor. Es enthält den Vorschlag, die Herkunftsländer illegaler Einwanderer mit Sanktionen zu belegen. Vielleicht wird man in den kommenden Jahren das Programm von Sevilla als dritte Säule des spanischen Protagonismus in Europa bezeichnen.

Das Programm von Lissabon wurde zu seiner Zeit durch das Tandem Blair-Aznar eingebracht. Es befasst sich mit dem Thema Beschäftigung in Europa, basierend auf dem Haushaltsgleichgewicht, der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Arbeitsmarktreform und war im Frühjahr das zentrale Thema des Europäischen Rats. So entsprach der Europäische Rat von Barcelona (15./16. März 2002) dem Wunsch Aznars, der Liberalisierung des Energiesektors und des Arbeitsmarkts Impulse zu geben. Blair und Berlusconi unterstützten dies. Vor dem Rat nahmen sowohl Jospin/Chirac als auch Schröder, alle vor einem Wahlkampf, zu den spanischen Forderungen eine ablehnende Haltung ein. Deshalb wurde der Europäische Rat in Barcelona Schauplatz der Erneuerung der französisch-deutschen Achse, allerdings nicht als Antrieb, sondern in diesem Fall als Bremse eines liberalisierenden Wirtschaftsprogramms. Dies führte dazu, dass in der europäischen Presse über eine neue Achse Spanien-Italien-Großbritannien gesprochen wurde, was von Aznar selbst in einem Artikel in La Repubblica relativiert wurde, als er von einer Harmonie im Dreigespann und nicht von einer Achse sprach.[4] Andererseits lehnte der spanische Außenminister Josep Piqué eine Auseinandersetzung zwischen dem Sozialen Europa, einem Modell, dem Jospin und Schröder zugeneigt sind und einem Europa des Wettbewerbs, das Aznar unterstützt, kategorisch ab. Wieder einmal verteidigte die spanische Regierung ihre Haltung auf der Suche nach konkreten Entscheidungen und auf der Flucht vor festgefahrenen Konzepten.[5]

Mit weitaus weniger Ergebnissen als durch die spanische Regierung gewünscht schloss der Rat von Barcelona, vor allem in einem Schlüsselbereich, dem Energiesektor. Wegen des französischen Widerstands in dieser Materie setzte sich der französische Zeitplan (2004) zur Liberalisierung des Stromverbrauchs durch, allerdings nur für Unternehmen. Die Liberalisierung der Privathaushalte wird erst zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden. Einige Analysten sehen in Entscheidungen wie dieser „die Abkopplung der Bürger vom Haus Europa"[6]. Während des Rats von Barcelona fanden große friedliche Demonstrationen von Antiglobalisierungsgegnern statt, bei denen die mit dem Reformationsprogramm des spanischen Arbeitsmarkts unzufriedenen Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielten. Was die Arbeitsmarktpolitik anbelangt, so verfolgte der Rat von Barcelona das Ziel der Vollbeschäftigung bis 2010, ohne jedoch konkrete Maßnahmen vorzuschlagen. Bei den konkreten Maßnahmen, gelang es der spanischen Präsidentschaft gegen die Stimmen der Niederlande, Großbritanniens und Deutschlands das Projekt Galileo

voranzutreiben, durch das Europa 2008 ein eigenes Satelliten-Navigations-System vergleichbar dem GPS der USA erhalten soll. Bezüglich der Fortschritte der europäischen Staatsbürgerschaft wird 2003 eine einheitliche Krankenkassenkarte eingeführt, die für Behandlungen in der gesamten EU gelten soll. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Barcelona Lissabon gerettet hat, obwohl vieles, was Spanien auf dem Gebiet der Liberalisierung forderte, nicht erreicht wurde.

In Barcelona wurden Fortschritte bei zwei weiteren Themen gemacht, die im direkten Interesse Spaniens liegen. Die EU entschied, 2005 das Mindestniveau des Energieverbundes zwischen den einzelnen Staaten auf bis zu 10% ihrer Produktionskapazität anzuheben. Dies ist ein erster Schritt, Spaniens Inselstatus im Hinblick auf das übrige Europa aufzuheben. Abschließend billigte der Rat die spanisch-britische Entscheidung vom Januar, zu einer Vereinbarung über das Hoheitsrecht von Gibraltar zu gelangen. Es steht außer Frage, dass das gute Verhältnis zwischen Aznar und Blair das Thema Gibraltar in einen neuen Blickwinkel gerückt hat. Allerdings kann ein Erfolg der Verhandlungen wegen der radikalen Haltung der Bewohner Gibraltars gegen das Abkommen[7] nicht garantiert werden. In jedem Fall wurde Aznar in der englischen Presse in den letzten Monaten sehr gelobt. Die Financial Times stellte ihn als „erfolgreichen Macher"[8] dar und Kommissar Chris Patten schlug ihn als Modell für die englischen Konservativen vor.

Die große Zielsetzung der spanischen Präsidentschaft war es zweifellos, der dritten Säule Impulse durch die Entwicklung einer konkreten Kooperation in den Bereichen Inneres und Justiz mit einem Europäischen Haft- und Auslieferungsbefehl, der das bisherige Auslieferungsverfahren ersetzen würde, zu geben. Durch den Terrorismus der ETA ist dies ein sehr sensibles Thema in Spanien. Wenn das Thema auch trotz des spanischen Drucks bis zu jenem Zeitpunkt schwierig war, darf man nicht vergessen, dass der 11. September die politische Landschaft grundlegend verändert hat. So wurde für EU-Verhältnisse außergewöhnlich schnell, innerhalb weniger Wochen, eine gemeinsame Definition von Terrorismus vereinbart sowie die Anwendung der Euroordnung, die die praktisch automatische Auslieferung innerhalb der EU-Staaten beinhaltet und die Gründung von Eurojust beschlossen. In dieser Atmosphäre hat die spanische Präsidentschaft neue Zielsetzungen auf den Weg gebracht, unter denen folgende besonders hervorzuheben sind: Aufbau gemeinsamer Untersuchungsteams gegen den Terrorismus; durch die Aufnahme des Themas Terrorismus in die zweite Säule der EU wird der Terrorismus zusammen mit den Missionen von Petersberg zu einer der Zielsetzungen der GASP, so wie es Aznar bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 16. Januar 2002[9] dargelegt hatte. Weiterhin wurden auf Druck Spaniens Verhandlungen mit den USA eingeleitet, um eine Vereinbarung zur juristischen Zusammenarbeit zu unterzeichnen, die das sensible Thema Auslieferung einschließt. Bereits während ihrer Präsidentschaft sah die spanische Regierung im Februar 2002 mit Genugtuung, dass auf dem Gebiet des Terrorismus Fortschritte erzielt wurden. Sieben Staaten, u.a. Spanien forderten, dass die Euroordnung, die auf 32 Straftaten, darunter auch dem Terrorismus angewendet wird, ein Jahr früher in Kraft tritt (Januar 2003) als geplant.

Erweiterung versus Regionalfonds

Die Erweiterung ist ein vorrangiges Thema für Spanien beim Bau des Hauses Europa. In diesem Zusammenhang hatte die spanische Regierung schon im zweiten Halbjahr 2001 angekündigt, alles mögliche zur Entwicklung einer road map, zu unternehmen, um während ihrer Präsidentschaft alle vorgesehenen Themen zu behandeln. Aufgrund des Budgets, das zur Verfügung gestellt werden muss (Landwirtschaft, Regionalpolitik, Bestimmungen über Finanzen und Haushalt) und wegen der politischen Symbolik (Institutionen) ist die Erweiterung ein konfliktreiches Thema. Allerdings entwickelte sich die Erweiterung (positiv bewertet durch die spanische Bevölkerung, 58% der Spanier gegenüber einem Durchschnittswert von 44% innerhalb der EU befürworten die Erweiterung)[10] zum background einer Gegenüberstellung der spanischen und deutschen Interessen. Spanien hält an zwei Vorstellungen fest, die anfänglich durch die EU festgelegt worden waren: Die vollständige Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes und die Verpflichtung, sich innerhalb der finanziellen Perspektiven zu bewegen, die beim Europäischen Rat von Berlin (1999) beschlossen worden waren. Das Festhalten am jetzigen Status quo wurde von spanischer Seite vor allem wegen des Kohäsionsprinzips und seiner Konsequenzen (die europäischen Subventionen machen 1% des spanischen BSP aus) befürwortet.

Deshalb legte die spanische Regierung schon im April 2001 ein Memorandum vor, in dem die Union in Betracht ziehen sollte, dass die Erweiterung einen „statistischen Effekt" hervorrufen würde, durch den einige spanische Regionen über 75% des BSP erreichen und so den Anspruch auf Hilfe verlieren würden. Da die Einnahmen in diesen Regionen nicht wirklich, sondern nur durch einen einfachen „statistischen Effekt" steigen würden, forderte das spanische Memorandum, diese Regionen weiterhin zu unterstützen. Hiermit eröffnete Spanien das Thema der Haushalts-Budgetierung in Zusammenhang mit der Erweiterung zu einem Zeitpunkt, an dem noch keine Verhandlungen diesbezüglich anstanden. Deutschland und andere Länder (u.a. Frankreich) waren radikal dagegen, Spanien Garantien einzuräumen, die diesen Effekt relativieren bzw. aufheben würden.

Zu einer Verstärkung der Spannungen zwischen Spanien und Deutschland im Rahmen der Erweiterungsverhandlungen führte die deutsche Forderung, für die freie Arbeitsaufnahme von Erwerbstätigen der zukünftigen Mitgliedstaaten eine siebenjährifge Übergangsfrist vorzusehen. Die spanische Regierung nutzte die Gelegenheit, um den deutschen Forderungen ihre Vorstellungen über die zur Verfügung zu stellenden Fonds entgegenzuhalten, deren Entscheidung noch ausstand. Hier kam man zu dem Schluss, eine Erklärung aufzunehmen und dieses Problem zu vermerken, ohne Spanien Garantien für die Zukunft zu geben. Schließlich zog Spanien seine Drohung, den deutschen Aufschub der Arbeitsaufnahme zu blockieren, zurück, sollte seine oben beschriebene Forderung nicht akzeptiert werden. Das Resultat der spanischen Strategie – Verteidigung der eigenen Interessen bei den Regionalfonds und Blockadedrohung gegenüber den deutschen Interessen bei der freien Arbeitsaufnahme – erzeugte eine starke Verstimmung in der bereits von Anfang an schwierigen Beziehung Aznar/Schröder. Tatsächlich hinterließ die deutsche

Reaktion auf die spanischen Forderungen ihre Spuren. In dieser Angelegenheit kommentierte „Die Zeit" während der spanischen Präsidentschaft, Aznar erwecke Zweifel, dass er mit Deutschland ebenso wie mit Frankreich und Großbritannien im Einklang stehe, wenn er gleichzeitig finanzielle Hilfen aus Brüssel einfordere.[11]

Die spanische Forderung endete mit einem Schriftstück der Außenminister kurz vor dem Europäischen Rat in Göteburg (Juni 2001), in dem anerkannt wurde, dass die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten für die Mitgliedstaaten „Konsequenzen haben würde". Es wurde auf eine Erklärung der Kommission Bezug genommen, die vor den Folgen der Aufnahme neuer Mitglieder für Spanien warnte.[12] So bezog sich der Text nicht auf das grundlegende Anliegen Spaniens, die 15 Länder zu verpflichten, Spanien, Griechenland und Portugal nach 2006 noch einen bestimmten Anteil an den Regionalfonds zu gewähren. Spanien erreichte jedoch, dass der statistische Effekt von der Kommission untersucht wird. Durch den Beschluss kam es zu erneuten Verstimmungen sowohl mit Deutschland und den Niederlanden (Nettozahler) als auch mit Frankreich, wo die französisch-deutsche Achse gegenüber den spanischen Forderungen wieder funktionierte.

Spanien beruhigte sich nachdem es überzeugt wurde, dass die Auswirkungen der Erweiterung im Zeitraum von 2004-2006 mit einer Erweiterung auf 25 Mitglieder auf dem Gebiet der Regionalfonds nur gering sein würden.[13] Die spanische Präsidentschaft verpflichtete sich, das Arbeitsprogramm zur Erweiterung in allen noch offenen Punkten fortzusetzen, inklusive der Erstellung von Beitrittsakten. Am 15. März versammelten sich 28 Staaten (15+13) in Barcelona. Tatsächlich geriet die spanische Präsidentschaft in eine Phase des Stillstands, als die Grundlagen der genannten Verhandlungen angezweifelt wurden (Limitierung der Haushaltsmittel durch Berlin und Einhaltung der Richtlinien, indem man jede Reform der Gemeinschaft auf die spätere Erweiterung verschob). Tatsache ist, dass die Nettozahler (vor allem Deutschland), im Hinblick auf die Wahlen im Herbst, Reformen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgeschlagen haben, beginnend mit der Nichtgewährung direkter Beihilfen für die Landwirtschaft der neuen Mitglieder.

Debatte über die Zukunft Europas

Die spanische Präsidentschaft stand unter dem Motto „Mehr Europa". Dieses Motto stellte Ministerpräsident Aznar im Oktober 2001 anlässlich einer Preisverleihung an die Kommissarin Viviane Reding[14] vor. Seine Ansprache zum Festakt enthält einen ersten Vorschlag Spaniens zur Debatte über die Zukunft Europas. Die spanische Regierung hatte seit dem Vorschlag Fischers eine defensive Haltung eingenommen, die auf der Abkehr von den großen Entwürfen und Konzepten für Europa und der Verteidigung einer pragmatischen Annäherung mit dem Ziel einer konkreten Problemlösung beruhte. In jedem Fall hatte die spanische Regierung ihre Besorgnis bezüglich einiger Themen geäußert: Zunahme der Bürokratie in den Regionen; starre Kompetenzverteilung, die eine politische Wiederverstaatlichung mit sich bringen würde; Entwicklung des Gedankens eines föderalen Europa, etc. In diesem Sinne nannte Aznar seine Vorstellungen für die Zukunft Europas: die Weiterentwicklung

der Bereiche Inneres und Justiz und Sicherheit und Verteidigung; die Notwendigkeit, den Haushalt der Gemeinschaft aufzustocken; die progressive Aufnahme der Abkommen in die Verfassung unter Erhaltung des institutionellen Gleichgewichts; die Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und die Fortsetzung des aktuellen Kompetenzverteilungsschemas zwischen der EU und den einzelnen Ländern unter Ablehnung eines starren Verteilungssystems und mit der Präsenz anderer öffentlicher Ebenen (in Bezug auf die Regionen); die Aufnahme der Charta der Grundrechte und die Ausarbeitung einer „Charta der nationalen Parlamente" um die Rolle dieser Parlamente in Angelegenheiten der EU abzugrenzen.

Dies sind die Richtlinien, die die spanische Vertreterin der Regierung, die Europaparlamentarierin Ana de Palacio der Partido Popular (PP) im Konvent verteidigen wird. Das spanische Parlament seinerseits ist in der Konvention vertreten durch zwei Parlamentarier der beiden großen Parteien Partido Popular (PP) und Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Sie wurden bei ihrer Wahl nicht durch die nationalistischen Parteien bestätigt, die sich in diese Debatte nicht einbezogen fühlen. Die eigentliche Struktur des spanischen Staats, die autonome Kommunen mit legislativer Gewalt vorsieht, wird nicht berücksichtigt. Deshalb berief das katalanische Parlament eine Konvention ein, um über die Zukunft Europas zu debattieren und so die Meinung dieses Parlaments den europäischen Instanzen nahe zu bringen.

Die Regierung Aznar ihrerseits ergriff folgende Initiativen, um die spanische Beteiligung an der Debatte zu beleben: die Schaffung einer Subkommission innerhalb des Parlaments, um die Debatte zu verfolgen und die Formulierung einer spanischen Position vor der Regierungskonferenz; die Gründung eines Rats zur Debatte über die Zukunft der Europäischen Union unter dem Vorsitz von Prof. Rodríguez Bereijo sowie der Einrichtung einer Webseite, um nur einige zu nennen.

Die formelle Vorstellung eines Vorschlags seitens der Partido Socialista Obero Español (PSOE) im Juni 2001, führte zu einer äußerst negativen Reaktion Aznars, der dies als „simplen Einfall"[15] abqualifizierte. Denn zu der Zeit gab es kein Dokument der Partido Popular (PP) oder der Regierung zu diesem Thema. Der Vorschlag der spanischen Sozialisten[16] ist nicht weit von denen der großen sozialistischen Parteien Europas entfernt; er bejaht laut Analysten die Vision Schröders der Verteidigung starker europäischer Institutionen; stimmt aber mit Jospin mit einer weniger föderalistischen Kompetenzverteilung überein.

Mehr Europa in der Welt

„Mehr Europa in der Welt", das bedeutet für Spanien auch die Notwendigkeit, die Rolle der EU weltweit in den Bereichen Politik und Sicherheit zu verstärken. Der Kampf gegen den Terrorismus diente Aznar seit dem 11. September dazu, die Notwendigkeit der Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu rechtfertigen.

Die spanische Haltung im vergangenen Jahr enthielt keine Überraschungen, allerdings wurde sie durch die Ereignisse des 11. September verstärkt. Dies mag an der starken Bindung Spaniens zu den USA liegen. Tatsächlich war Spanien das

erste Land Europas, das Bush nach seinem Amtsantritt als Präsident im Juni 2001 besuchte. Bei diesem Besuch vertrat Aznar durch die Unterstützung des Aufbaus des Raketenabwehrsystems und der Aufkündigung der ABM-Verträge wieder einmal eine Minderheitsposition innerhalb der EU, die nur Großbritannien (Kanada, Polen und Ungarn außerhalb der EU) teilte.

Aznar sah sich bald durch Berlusconi unterstützt, und so nahm die Gruppe Großbritannien – Spanien – Italien wiederholt eine gemeinsame Position ein, dieses Mal in Bezug auf die Sicherheitspolitik. Durch die Geschehnisse des 11. September kam es zu einer globalen Reaktion innerhalb der EU, bei der die Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt wurden. Durch die uneingeschränkte Solidarität mit den USA erklärte sich Spanien von Anfang an bereit, Truppen zu entsenden, um zusammen mit den USA in Afghanistan zu kämpfen (erst nach dem Besuch von Aznar in Washington im November 2001 wurde dieses Angebot zurückgezogen). Weiterhin wurde im April 2002 das Verteidigungsabkommen zwischen den USA und Spanien beschlossen, was Unmut bei der politischen Opposition erzeugte, denn die amerikanischen Geheimdienste wurden mit dem Argument, die bilaterale Zusammenarbeit gegen den Terrorismus zu vertiefen[17] dazu ermächtigt, in Spanien zu agieren.

Die EU-Präsidentschaft bot für Spanien eine günstige Gelegenheit die eigene Agenda auf internationalem Gebiet auf die europäische Agenda zu übertragen. In der spanischen Agenda dominierten während dieser und früherer Präsidentschaften zwei Themen: Lateinamerika und das Mittelmeer. Im Falle Lateinamerikas hatte die spanische Präsidentschaft ihre Hoffnungen in den zweiten Gipfel Europa-Lateinamerika-Karibik gesetzt, der in Madrid stattfand (17./18. Mai 2002). Allerdings machte die Krise in Argentinien es unvermeidbar, dass eines der höchsten Ziele der Präsidentschaft (bei den Verhandlungen mit dem Mercosur voranzukommen, um ein Freihandelsabkommen zu unterzeichnen) keinerlei Früchte trug.

In Bezug auf das Mittelmeer wollte die spanische Präsidentschaft bei der Zusammenkunft der Außenminister in Valencia (22./23. April 2002) einen Wendepunkt des euromediterranen Prozesses erreichen.[18] Spanien setzte durch, dass die Entschließungen des Europäischen Rats in Laeken einen Vermerk der möglichen Schaffung einer Euro-Mediterranen-Bank enthielt. Da der Versuch einen Weg in diese Richtung zu beschreiten an der Ablehnung einiger Länder scheiterte, akzeptierte der Europäische Rat von Barcelona die Schaffung einer spezifischen Finanzierungslinie für diese Staaten im Rahmen der Europäischen Investitionsbank mit der Möglichkeit, in Zukunft eine Filiale der Bank im Mittelmeerraum zu schaffen.

Die angespannte Situation im Nahen Osten brachte die EU dazu, sich damit auseinandersetzen zu müssen, dass ihre Vertreter nicht durch den israelischen Premierminister empfangen wurden oder nicht bis zu Arafat gelangen konnten. Das europäische Scheitern auf diesem Gebiet wurde durch den von Spanien erreichten Kompromiss, 13 von Israel gesuchte Palästinenser aufzunehmen und so die Belagerung der Geburtskirche in Bethlehem durch die israelischen Truppen zu beenden, wettgemacht.

Das Scheitern der Verhandlungen mit Marokko über die Fischereirechte waren der Beginn einer Krise, in der zwei weitere Themen (die westliche Sahara und die

illegale Immigration nach Spanien über Marokko) zur Abberufung des marokkanischen Botschafters im Oktober 2001 führten. Dieses Thema trug dazu bei, dass Spanien dem Europäischen Rat in Sevilla den Vorschlag unterbreiten wird, den Staaten Sanktionen aufzuerlegen, die nicht gegen die illegale Einwanderung in die EU von ihrem Gebiet aus vorgehen. Wieder einmal werden die spanische und die französische Haltung im Rahmen der EU wegen Marokko aufeinanderprallen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa Förster, M.A., Diplom-Übersetzerin, für Lisa's Office, München.

Die Autorin bedankt sich bei Laia Mestres für die Zusammenarbeit bei der Recherche.

1. „Mehr Europa. Programm der spanischen Präsidentschaft der Europäischen Union" unter www.ue.2002.es; „Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados" Nr. 126 von 2001.
2. Rede von Azanr im Plenum des Europaparlaments (16.1.2002) unter www.la-moncloa.es.
3. Barbé, Esther: Spanien, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000 und 2000/2001.
4. Aznar: „No all' Europa delle aleanze segrete", in: La Repubblica 22.2.2002.
5. Piqué: „Europa was nun?", in: El Mundo, 20.3.2002.
6. Ortega, Andrés: „In der Hälfte der spanischen Präsidentschaft", in: Política Exterior, Nr. 87, 2002, S. 48.
7. Eine Revision der Beschlüsse in „Schlussfolgerungen der Präsidentschaft. Europäischer Rat in Barcelona" (15./16.3.2002) unter www.ue2002.es.
8. „Leader: UE priorities", in: Financial Times, 8.1. 2002.
9. Siehe Anmerkung 3.
10. Eurobarómetro, Nr. 56 (Herbst 2001).
11. „Die Zeit. Schatten über dem Land der Sonne (März 2002)" zitiert durch El País, 2.4.2002.
12. „Die Fünfzehn nehmen die Besorgnis Spaniens über die Beihilfen nach der Erweiterung zur Kenntnis", in: La Vanguardia, 12.6.2001.
13. Die Fonds der EU für Spanien werden kaum verringert wegen der Verzögerung des Beitritts der ärmsten Kandidatenstaaten", in: El País, 27.1. 2002.
14. Die folgenden Betrachtungen sind enthalten in der „Rede des Ministerpräsidenten anlässlich der Verleihung des Premio de la Fundación Mérito Europeo an Viviane Reding", 9.10. 2001, unter www.la -moncloa.es.
15. Aznar bezeichnet das europäische Projekt von Zapatero als simplen Einfall, El País, 8.6. 2001.
16. Text unter www.psoe.es.
17. „Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados. Comisión de Asuntos Exteriores" (8.4. 2002); Informationstreffen der Außen- und Verteidigungsminister über das Ergebnis der Verhandlungen des Verteidigungsabkommens mit den Vereinigten Staaten.
18. Siehe Anwesenheit des Staatssekretärs, Miquel Nadal, bei der Kommission für Auswärtige Beziehungen des Abgeordnetenkongresses (12.3.2002).

Weiterführende Literatur

Closa, Carlos: „The domestic bases of Spanish European Policy and the 2002 Presidency", Etudes et Recherches, Nr.16/01 (Notre Europe), http://www.notre-europe. asso.fr.

Gillespie, Richard/Younges, Richard (eds.): Spain: The European and International Challenges, London 2001

Ortega, Andrés: „Texto y contexto de la presidencia. España y la UE", Política Exterior, Nr. 86, März-April 2002.

Ortega, Andrés: „A mitad de la presidencia española", Política exterior, Nr. 87, Mai - Juni 2002.

Torreblanca, José I.: „Ideas, preferences and institutions. Explaining the Europeanization of Spanish Foreign Police" Arena Working Paper 01/26 ,2002, http://www.arena.vio,no/publications/wp01 26.